

**1. Im PHV werden mindestens 60 ha für Wohnungsnutzung vorgesehen.**

Begründung:

Angesichts der Erkenntnis, dass der prognostizierte Bedarf an Wohnflächen nur schwerlich und nicht allein über die bereits vorhandenen Flächen realisiert werden kann, brauchen wir in PHV einen größeren Wurf als eine hälftige Aufteilung. Um insbesondere auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, erscheint ein größerer Anteil für Wohnungsnutzung notwendig. Wir plädieren deswegen für eine Aufteilung von 75% zu 25%, um die Zielmarke von 11.400 Wohnungen bis 2030 auch wirklich erreichen zu können.

**2. Der Beschluss zum Baulandmanagement wird dahingehend abgeändert, dass der Anteil des gebundenen Wohnraumes künftig 50% statt 20% betragen soll.**

Begründung:

Jährlich sollen 800 Wohnungen neu entstehen, davon 400 als bezahlbarer Wohnraum. Mit einer Quote von 20%, auch wenn die Anwendung verbindlicher geregelt werden soll als in der Vergangenheit, wird das nicht zu schaffen sein. Zwar begrüßen wir die Ausweitung des Bindungszeitraumes, aber für eine wohnungspolitische Kehrtwende hin zu mehr bezahlbaren Wohnraum sind die Vorschläge der Verwaltung insgesamt zu wenig ambitioniert. Eine Erhöhung auf 50%, ähnlich wie der Beschluss in Freiburg, wird deutlich besser geeignet sein, die Zielmarke von 400 Wohnungen im bezahlbaren Segment zu erreichen. Am Rande sei erwähnt, dass in Freiburg vor der Umstellung auf 50% für geförderte Mietwohnungen eine Quote von 30% vorgesehen waren, für geförderte Miet- und Eigentumswohnungen. Dies war dem enorm angespannten Wohnungsmarkt geschuldet, den wir auch in Heidelberg vorfinden. Eine Quote von lediglich 20% gebundenen Wohnraums wird dem nicht gerecht.

**3. Es wird eine jährliche Zielzahl in Höhe von 50 Wohnungen für den Baustein C3 vorgegeben.**

**(Akquise zuvor frei finanziierter Wohnungsbestände für Mietpreis- und Belegungsbindungen, insbesondere in Stadtteilen mit einem geringen Anteil gebundener Wohnungen, siehe S. 38/39 des Handlungsprogramms Wohnungen).**

Anteil der Sozialwohnungen in % in relevanten Stadtteilen:

Schlierbach:	1,2%
Weststadt:	1,3%
Südstadt:	0,6%
Handschuhsheim:	3,3%
Neuenheim:	0,1%
Ziegelhausen:	1,8%

**4. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.6.2017 eine Marktanalyse zu erstellen über die am Mietmarkt angebotenen Wohnungen im preisgünstigen Bereich d.h. mit Mietpreisen unterhalb des Mietspiegels.**

Begründung:

Die Mietpreisbremse hatte bisher kaum eine Wirkung, Am Mietmarkt werden häufig Wohnungen angeboten, die weit über halb der im Mietspiegel ausgewiesenen Preise sind. Es muss geprüft werden, ob überhaupt ein relevanter Mietmarkt im preisgünstigen Bereich vorhanden ist. Betroffen sind beispielweise Empfänger von Leistungen nach Hartz IV bzw. Grundsicherungen, bei denen Mieten nur bis zu einer bestimmten Höhe übernommen werden und die daher große Probleme haben, überhaupt eine Wohnung zu finden.

**5. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.6.2017 eine Marktanalyse zu erstellen über die am Mietmarktangebotenen barrierefreien bzw. rollstuhlgerechten Wohnungen. Weiterhin erstellt die GGH bis zu diesem Termin eine Übersicht über die vorhandenen barrierefreien bzw. rollstuhlgerechten Wohnungen in ihrem Bestand.**

**6. Mit der GGH werden Gespräche geführt, um die Vergabe von Sozialwohnungen transparent und gerecht zu gestalten. Dabei werden insbesondere folgende Vorschläge geprüft:**

- Kriterienkatalog für die Vergabe von Sozialwohnungen
- anonyme Warteliste im Internet
- Bewerber erhalten Zwischenbescheid
- im Internet werden angebotene Wohnungen und Zahl der Bewerber sichtbar gemacht
- Online-Bewerbungen werden ermöglicht.

**7. Bis zum Ende des Jahres 2016 werden hierzu dem Gemeinderat Vorschläge vorgelegt.**

Begründung:

Diese Vorschläge wurden beim Treffen mit den im Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung vertretenden Organisationen unterbreitet. Es wird immer wieder kritisiert, dass es für Menschen in Notlagen schwieriger geworden ist, den Zugang zu einer normalen Wohnung zu erhalten. Auch Menschen mit Wohnberechtigungsschein warten mitunter Jahre lang auf eine Wohnung ohne dabei überhaupt einen Zwischenbescheid zu erhalten.